**Es geht jetzt um weit mehr als eine SRG Diskussion**

Ein wichtiger Entscheid ist eindeutig gefallen, die Schweizer evölkerung hat weitsichtig entschieden und der SRG grossmehrheitlich Support erteilt. Doch damit ist längst nicht alles geklärt. Vieles ist gesagt und geschrieben worden, vor und auch jetzt nach der Abstimmung und hat deutlich gemacht, dass auch nach diesem Urnengang Vieles unklar ist, die Ansichten auseinandergehen und wir nicht am Ende, sondern am Anfang einer neuen Debatte stehen, einer Debatte mit nun hoffentlich breiterem Fokus.

Ideal wäre es jetzt eine Zeit des Nachdenkens einzuschalten, die Voten im Vorfeld der Abstimmung sowie die Kommentare und neu-alten Forderungen aufzuarbeiten und auch Selbstkritik zu üben.

Die gewaltigen Umbrüche, welche die Digitalisierung auch und gerade für die Medienproduktion und die Mediennutzung mit sich bringt, wurden in den Diskussionen über die Initiative allzu oft überlagert. Vergangenheit und Gegenwart waren präsenter als die Zukunft, kleinteilige Eigeninteressen und Feindbilder oft wichtiger als Weitsicht. Expertisen lösten wenig aus.

Realistischerweise aber wird es diese Reflexionsphase nicht geben.

Bereits sind weitere parlamentarische Vorstösse angekündigt, bzw. eingereicht, Gesetzesrevisionen - RTVG RTVVs, die Erneuerung der Konzession der SRG, die Erarbeitung eines neuen Mediengesetzes sind im Gang, die verschiedenen Akteure haben sich – seit dem Sonntag teils neu - in Position gebracht.

Jetzt aber sollte EIN Ziel in den Fokus rücken, EIN Ziel, das gemeinsam angesteuert werden sollte. Es geht darum, einen zukunftsfähigen, vielfältigen, qualitativ hochstehenden Medienplatz Schweiz zu denken, Rahmenbedingungen klug zu definieren und damit die Demokratie zu stärken.

Dies ist allerdings keine einfache Sache, nicht nur weil die Fronten ziemlich hart, sondern auch weil die technologischen und finanziellen Entwicklungen schwer abschätzbar sind.

Eine Gewissheit allerdings haben wir schon. Wir wissen, dass ein Verharren im Status Quo nicht zukunftsträchtig ist, unsere Medien ins Abseits führt, Journalismus an die Wand fährt und damit unser Gesellschafts- und Staatssystem gefährdet.

Das heisst, es geht jetzt um weit mehr als um eine weitere SRG-Debatte. Die SRG ist Teil, ja, wichtiger Teil. Doch die Diskussion, wie fundierter und demokratierelevanter Journalismus auch in privaten Medien und auf allen Kanälen finanzierbar und damit überlebensfähig bleibt, die gehört ebenso dazu. Es gilt also, das gesamte Mediensystem zu denken. Und zwar möglichst unideologisch und vorurteilslos, bzw. offen.

Richtschnur scheinen mir dabei folgende Grundfragen zu sein:

\_Was nützt dem Medienplatz Schweiz heute, aber vor allem auch in Zukunft? Was stärkt ihn, was schränkt ihn ein?

\_Welche Medienordnung ist am besten geeignet, vielfältige und gesicherte Informationen für unser Land auch künftig zu liefern und so die Gemeinschaft zu stabilisieren und zu stärken?

\_Wieviel Regulierung braucht es? Bzw. wie wenig kann es sein, damit sinnvolle Entwicklungen nicht behindert werden?

Eine Stufe konkreter heisst dies - Schlagworte sollten mit Inhalt gefüllt werden:

Medialer Service public z.B., was genau meinen wir damit? Was beinhaltet er – ist die Beschränkung auf Information und Kultur zielführend, sinnvoll und praktikabel, bei all den Mischformen auch im Unterhaltungsbereich, die wir kennen? Gehört Sport wirklich gar nicht dazu? Und wer alles bietet den Service public. bzw. soll ihn anbieten und damit finanziell unterstützt werden? Macht es Sinn, Online-Medien auch in Zukunft aussen vor zu lassen?

Oder die Forderung nach Andersartigkeit der SRG – eine einleuchtende und berechtigte Forderung. Definiert sie sich durch Inhalte, durch die journalistische Form und Sprache, durch die Herstellung – etwa indem gendergerecht produziert wird, indem etwa auch MigrantInnen einbezogen werden? Gebärdensprache… Oder durch mehr Recherche? Oder ist nur das Unternehmen anders finanziert und aufgestellt und damit zu Transparenz und mehr Dialog mit dem Publikum verpflichtet?

Und was genau ist eigentlich die Kohäsion, was können Medien, namentlich öffentlich- rechtliche Medien, dazu beitragen. Was müssen sie dazu beitragen? Und wie erzielen sie die gewünschte Wirkung – eher mit nationalen verbindenden Inhalten, oder mit profilierten regionalen, die auch in anderen Landesteilen ausgestrahlt werden?

Oder das Schlagwort Kooperation. Auch dies eine einleuchtende Forderung. Einige sind bereits realisiert, andere angekündigt. Kluge Kooperationen schaffen Mehrwert. Doch was ist klug? Archiv nutzen, ja, gewisse gemeinsame Produktionen. Ja. Aber kann es nicht auch sein, dass durch gewisse Zusammenarbeiten statt Mehrwert Einheitsbrei entsteht?

Und selbstverständlich gehört die Finanzierung von Journalismus zu dieser Debatte: Es ist doch offenkundig, dass zukunftsträchtige Geschäftsmodelle für den Journalismus fehlen. Sie fehlen auch bei engagierten und begabten Verlegern. Weltweit. Immer mehr Verleger sagen auch mehr oder weniger offen, dass Journalismus heute nicht mehr finanzierbar ist. Weshalb ist es dann so schwierig, offen über direkte Medienförderung zu reden? Bzw. vorurteilslos nach Lösungen zu suchen, die weiterhin relevanten Journalismus sichern, die aber garantiert staatsfern sind. Lösungen, die Journalismus nicht als reines Konsumgut sehen, sondern ihn unterstützen wie der Nationalfonds die Wissenschaft, wie Pro Helvetia die Kultur. Die EMEK hat in ihrem ersten Papier eine entsprechende Stiftung vorgeschlagen, die Mehrheit der Kommission ist nach wie vor überzeugt, dass dieser Vorschlag intensiver geprüft werden sollte. Denn, wenn demokratierelevanter Journalismus zentral ist für unsere Gesellschaft, muss doch alles daran gesetzt werden, dass er überlebt.

Vielleicht gibt es ja auch andere Lösungen, einen Mediengutschein etwa, analog zu den Bildungsgutscheinen. Ein solcher würde den Wettbewerb spielen lassen und die Medienunternehmen zu Innovationen anhalten, damit die die Finanzen bekommen. Roger Schawinski hat am Montag Abend einen Vorschlag gemacht, der in diese Richtung geht, allerdings nur bezogen auf elektronische Medien. 60& der Medienabgabe würden seiner Idee nach an die SRG gehen, 4 10% Tranchen könnten die Bürgerinnen selbst verteilen – an von ihnen favorisierte konzessionierte Radio- und TV-Stationen.

Eine bedenkenwerte Idee – ein Schritt in die richtige Richtung. Doch meiner Ansicht nach braucht es eine umfassendere Sicht – auf alle Medien mit demokratierelevantem Inhalt, wenn es uns wirklich ernst ist mit Journalismus.

Verbunden damit ist in die Medienkompetenz für ALLE zu investieren, damit der Wert und die Bedeutung des Journalismus auch in Zukunft erkannt wird. Wer weiss, was Medien zu leisten haben, wer unterscheiden kann zwischen qualifizierter Information und Falschmeldung, zwischen Slow-Wissen und Fastnews, zwischen glaubwürdigem Absender und reinem Profitinteressen, ob inhaltlich oder finanziell, ist wahrscheinlich auch eher bereit, für Wissen zu bezahlen, das ihn als Bürger, sie als Bürgerin weiterbringt. Denn er versteht, weshalb diese Leistung etwas kostet – und doch mindestens so viel Wert wäre wie eine kleine Flasche Coca Cola, für die wir ohne Murren 4 Franken bezahlen.

Um brauchbare Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden, sollte möglichst losgelöst von PartikularInteressen diskutiert werden. Die Wissenschaft und auch die EMEK hat sich mit vielen Aspekten befasst, deren Erkenntnisse flossen ansatzweise auch in die Debatten ein, jetzt sollten sie ernsthaft studiert und einbezogen werden.

Ich denke etwa an die internationalen Studien, die belegen, dass ein starker Service Public allen -auch den privaten, hilft, weil er das Vertrauen in Institutionen und Medien stärkt.

Ich denke auch an die wissenschaftlichen Aussagen zur Werbung, die besagen, dass ein Werbeverbot für die SRG oder auch eine Einschränkung nicht a priori die Privaten stärkt. Im Sinn von- wenn der Grosse weniger hat, ist nicht unbedingt der Kleine reicher. Wenn mein starker Nachbar geschwächt wird, werde ich kaum stärker.

Beachtenswert ist ebenso eine medienökonomische Expertise, welche die EMEK in Auftrag gab: Sie argumentiert, dass gesellschaftlich relevanter Onlinejournalismus aufgrund der Funktionsweise der digitalen Welt Gefahr läuft, durch pseudojournalistische Angebote verdrängt zu werden und nur mittels öffentlicher Finanzierung aufrechterhalten werden kann.

Und ich denke schliesslich, als Antwort auf die Grundfrage 3, jene der Regulierung, an den Ratschlag der EMEK, allfällige Massnahmen im Medien- und Kommunikationsmarkt möglichst prinzipienbasiert vorzunehmen und auf zu starre Detailregulierungen zu verzichten. Rasend schnell verändert die Digitalisierung auch Medien und Journalismus, deshalb sollte nur so viel geregelt werden wie nötig und Schweizer Akteure nicht behindert werden im Vergleich mit internationalen Mitbewerbern.

Informiert zu sein ist Bürgerrecht. Oder Bürgerpflicht? fragte sich Franz Walter Steinmeyer. In unserem Politsystem geht es nicht ohne informierte Bürgerinnen. Diese brauchen Bildung und gesicherte verlässliche und vielfältige Information.

Wir alle, Sie als Politikerinnen und Politiker im Besonderen, stehen am Anfang eines Aushandlungsprozesses. Es geht um nichts Geringeres als um eine Medienordnung für die Schweiz, in der möglichst alle gewinnen. Es geht um medialen Service Public für die zahlreichen Schweizen (Thomas Maissen). Es geht, weiter gedacht, um starke öffentlich rechtliche und um starke private Medien für die zahlreichen Schweizen.

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Feststellung.

Die Debatte um die No Billag war auch geprägt von Respektlosigkeit, Pauschalverdacht und Misstrauen gegenüber Menschen, aber vor allem gegenüber Institutionen, namentlich der Politik und der Medien. Im Sinne von: «Die tun ja eh, was sie wollen.»

Kritik und kritisches Denken sind eminent wichtig. Politisch geschürtes Misstrauen, Abwertung und Respektlosigkeit anderer Meinungen gegenüber sind jedoch so gefährlich für die Demokratie und unsere Gesellschaft wie das Fehlen von Journalismus. Wir alle hier drin können etwas gegen beide Gefahren beitragen

Danke.